

## **Positionspapier Hamburger WissenschaftlerInnen zur Bewerbung um Olympische und Paralympische Sommerspiele 2024**

Der Debatte um eine mögliche Bewerbung um Olympische Sommerspiele mangelt es bisher an einer ergebnisoffenen Abwägung der Argumente für und gegen die Durchführung dieser Veranstaltung in Hamburg. Als WissenschaftlerInnen, die sich seit vielen Jahren mit Hamburger Stadtentwicklung und/oder Großsportevents beschäftigen, fühlen wir uns der Hamburger Öffentlichkeit verpflichtet, im Vorfeld des Referendums zur Olympiabewerbung Informationen über die Risiken bei der Durchführung Olympischer Spiele in die Diskussion zu bringen. Aus unserer fachlichen Sicht lassen die Olympia-BefürworterInnen aus Politik, Wirtschaft, Sportmarketing und Verbänden bislang wesentliche Konfliktpunkte unerwähnt oder unbeantwortet. Wir plädieren für eine Offenlegung der Risiken, die mit diesem Megasportevent in Kooperation mit dem internationalen olympischen Komitee (IOC) verbunden sind. Nur so haben die HamburgerInnen die Möglichkeit, ihre Entscheidung zur Olympiabewerbung sachgerecht abwägen zu können. Nach unserer Einschätzung als WissenschaftlerInnen liegen die zentralen Risiken in folgenden Bereichen:

### **Planungsszenarien der Bewerbung basieren auf unklaren Daten**

Planungen für die Olympischen Spiele werden den Hamburger BürgerInnen mithilfe von Modellen und Machbarkeitsstudien vorgestellt. Dabei handelt es sich um Szenarien alternativer Standorte von Stadien oder Streckenführungen von Bahnlinien, auf deren Basis sich die Auswirkungen von Olympischen Spielen in Hamburg einschätzen lassen sollen. Allerdings sind die bislang präsentierten Szenarien methodisch intransparent. Etablierte Qualitätskriterien werden hierbei nicht eingehalten. So ist beispielsweise unklar, auf welchen Daten und Grundannahmen die öffentlich präsentierten Szenarien basieren. Eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung der Szenarien ist nicht vorgesehen. Zudem hat der Senat die Gesamtplanung der Olympia-Infrastruktur in die Hände von international tätigen Planungsbüros gegeben, die zuvor schon für Megaevents in Städten aktiv waren, die den hohen Nachhaltigkeitserwartungen und Transparenzansprüchen der HamburgerInnen nicht entsprechen.

### **Beteiligungsverfahren sind nicht ergebnisoffen**

Die derzeit durchgeführten Beteiligungsverfahren, ebenso wie das geplante Referendum, haben manipulative Züge. Aussagen pro Olympia stehen immer im Vordergrund ohne argumentative Abwägung. Die Fragestellung des Referendums ist tendenziös formuliert („Ich bin dafür, dass...“) und setzt auf psychologische Antworteffekte, um möglichst viel Zustimmung zu erzeugen. Eine ergebnisoffene Befragung muss zumindest die beiden Optionen gleichwertig benennen. Partizipationsprozesse, die auf eine ernstgemeinte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern setzen, müssen die Möglichkeiten und Grenzen von Einflussmöglichkeiten offenlegen. In den bisherigen Beteiligungsveranstaltungen im Rahmen der Bewerbung wurde zu keiner Zeit mit den Bürgerinnen und Bürgern eine ausgewogene und ergebnisoffene

Diskussion über die Risiken und Chancen einer Bewerbung geführt. Stattdessen wird die Olympiabewerbung in öffentlichen Verkehrsmitteln, in staatlichen Schulen und an Bezirksämtern beworben. Zum Zeitpunkt des geplanten Referendums im November liegen den Wahlberechtigten keine ausreichenden Informationen über die Kostenbeteiligung des Bundes und die Umbaukosten für die Nachnutzung vor, um die möglichen Folgen der Entscheidung einschätzen zu können.

### **Olympische Spiele widersprechen der Idee ökologischer Nachhaltigkeit**

Für die Olympischen Spiele müssen Veranstaltungsstätten und Infrastrukturen gebaut und umgebaut werden, die nur für diese Veranstaltung benötigt werden. Das Olympiastadion soll nach wenigen Wochen der Nutzung verkleinert sowie ein Wasserballbecken und ein Trainingsschwimmbecken rückgebaut werden. Dies verursacht einen hohen Materialverbrauch und widerspricht somit dem Grundsatz von Nachhaltigkeit, der eine langfristige Nutzung und Recycling von Ressourcen vorsieht. Gerade für die notwendigen Neubauten (Olympiastadion, Schwimmhallen, Wildwasserbahn) gibt es keine Nachnutzungsbedarfe, die deren Bau rechtfertigen.

Unberücksichtigt bleiben beim bisherigen Nachhaltigkeitskonzept die Emissionen aus dem Flugverkehr. Sportteams und MedienvertreterInnen (die Hamburger Bewerbungsgesellschaft rechnet mit 20.000 Personen) sowie eine Vielzahl der BesucherInnen werden treibhausgasintensiv an- und abreisen. Die Kompensation dieser Emissionen würde enorme Kosten verursachen, die bisher nicht einkalkuliert sind.

### **Infrastrukturentwicklung ist Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge**

Die Olympiabewerbung wird von ihren BefürworterInnen als Beschleuniger innovativer Stadtentwicklung beschrieben. Doch auch ohne Großevent gehört eine sozial gerechte, zukunftsweisende Daseinsvorsorge und Bereitstellung notwendiger Infrastrukturen zu den zentralen Aufgaben städtischen Handelns und ist kein „Geschenk“ Olympischer Spiele. Vielmehr werden Infrastrukturausgaben auf olympiarelevante Bereiche konzentriert. Die Infrastrukturbedarfe von Olympischen Spielen sind jedoch nicht identisch mit Bedarfen des städtischen Alltags. Daher birgt die Ausrichtung solcher Veranstaltungen ein hohes Risiko, dass Infrastrukturprojekte, die nicht mit den Spielen verbunden sind, für mindestens ein Jahrzehnt verzögert werden oder aus Kostengründen gar entfallen müssen.

### **Olympische Spiele verstärken soziale Verdrängung auf der Elbinsel**

Trotz geplantem Drittmix werden die Mietpreise in der Olympic City im höchstmöglichen Segment liegen. Zu erwarten ist – ähnlich wie in der HafenCity – eine hochpreisige Vermarktung der Immobilien, da die Sanierung der Hafenumflächen des Grasbrooks Kosten in Milliardenhöhe verursacht. Diese werden nicht über den Olympia-Etat getragen, sondern müssen entweder durch Hamburger Steuergelder subventioniert oder über eine hochpreisige Vermarktung der Fläche refinanziert werden. Dieser Preismechanismus hat auch die Immobili-

enpreise der Olympic City in London sowie in der HafenCity in die Höhe getrieben, für die vergleichbare Flächen für den Wohnungsbau aufbereitet wurden. Die neue Nachbarschaft zwischen der geplanten Olympic City und den umliegenden Stadtquartieren der Elbinsel wird durch einen starken Mietpreissprung und sehr unterschiedliche Einkommens-, Wohn- und Lebensverhältnisse gekennzeichnet sein. Durch die "bessere" Nachbarschaft werden die Boden- und Mietpreise auch auf der Veddel und in Wilhelmsburg mittelfristig anziehen.

### **Ethische Grundregeln dürfen keine Absichtserklärungen bleiben**

Wissenschaftliche Arbeit ist ethischen Regeln zur Redlichkeit, Offenheit und Transparenz verpflichtet. Diese Regeln halten wir auch und insbesondere für die Verwendung von öffentlichen Mitteln (Steuergeldern) im Zusammenhang mit Olympia für zentral. Die Beauftragung von Firmen, die direkt mit staatlichen Akteuren in menschenrechtsverletzenden Staaten zusammenarbeiten, ist daher nicht akzeptabel. Wir erwarten die Achtung ethischer Grundlagen auch vom Bewerberkonsortium. Das für Hamburg beauftragte Planungskonsortium ist u.a. an der Errichtung von Sportstätten in Qatar, Baku und Abu Dhabi beteiligt. Die dort nachgewiesenen eklatanten Menschenrechtsverletzungen sind mittlerweile international bekannt und dennoch ohne Konsequenzen geblieben. Die sehr gut dokumentierten Korruptionsaffären internationaler Spitzenverbände im Sport, auch des IOC, bedürfen dringend einer Aufarbeitung. Da die Bewerbung um die Austragung Olympischer Spiele für Hamburg eine weitreichende Entscheidung ist, die sich auf Politik und Gesellschaft der Stadt dauerhaft auswirkt, sind entsprechende Richtlinien und Forderungen an diese Verbände erforderlich. Ein Verweis auf die Reformagenda des IOC reicht hier nicht aus.

### **Olympische Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen schränken Bürgerrechte ein**

Seit den Terroranschlägen bei den Olympischen Spielen von München 1972 sind Sicherheitsmaßnahmen ein zentrales Thema für jede Großveranstaltung. Es ist nicht zuletzt aufgrund von Anschlägen in Europa in den letzten Jahren davon auszugehen, dass auch zukünftige Olympische Spiele unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen stattfinden werden. Zahlreiche Studien belegen die hohen Kosten und die Konsequenzen für die Zugänglichkeit und Bewegungsfreiheit von BürgerInnen an öffentlichen Orten im Rahmen solcher Sicherheitskonzepte.

Sportgroßveranstaltungen sind eine Art Testfeld für neue Sicherheitstechnologien. Obwohl die Sicherheitsstandards je nach Austragungsland angepasst werden, gehören zu diesen Maßnahmen die digitale Überwachung des öffentlichen Raums, die Abschottung bzw. die Entkopplung der Sportstätten von der übrigen Stadt sowie die Militarisierung der Inneren Sicherheit. All diese Maßnahmen wurden bei Vorgängerveranstaltungen – auch in demokratischen Staaten – umgesetzt, ohne diese im Vorfeld öffentlich zur Diskussion zu stellen. Ein Teil dieser Maßnahmen verbleibt als Sicherheitserbe nach den Spielen in den Städten.

Daher muss hier gefragt werden, inwiefern das IOC und die Veranstalter mit ihren Auflagen in die verfassungsmäßigen Rechte der BürgerInnen eingreifen, wie sie diese begründen und welche Dauer sie haben. Betroffen sein könnten u.a. das Demonstrationsrecht, die freie

Meinungsäußerung vor und während der Spiele, der Datenschutz sowie das Recht auf Anonymität in der Öffentlichkeit. Da die HamburgerInnen direkt von den Sicherheitsmaßnahmen betroffen sein werden und diese durch Steuergelder finanzieren, hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, detailliert informiert zu werden.

### **Olympische Spiele sind ein unkalkulierbares finanzielles Risiko**

Olympische Spiele sind das finanziell riskanteste Großprojekt für Städte überhaupt. Es gibt keine konkreten Zahlen, die langfristig positive Effekte für Veranstaltungsorte belegen. Studien anderer Olympiastädte zeigen, dass erhoffte Zusatzeinnahmen für den Tourismus im Jahr der Spiele durch Verlagerungseffekte ausbleiben. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt werden die zusätzlichen Beschäftigungsbedarfe fast ausschließlich durch befristete Niedriglohnjobs gedeckt. Darüber hinaus sind während der Olympischen Spiele eine Vielzahl unbezahlte Volunteers tätig.

Die Olympischen Spiele von 1960 bis 2012 haben den vorher veranschlagten Kostenrahmen stets deutlich überschritten. Vor allem durch den Termindruck, den Umfang und die Komplexität städtebaulicher Projekte sowie die strikten Vorgaben des IOC, kam es zu Kostensteigerungen von durchschnittlich über 100%. Die Aussage des Senats und der Bewerbungsgesellschaft, dass es Hamburg als erstem Ausrichtungsort seit 55 Jahren gelingen wird, die übliche Kostensteigerung zu verhindern, halten wir für unwahrscheinlich. Durch die 2019 in Kraft tretende Schuldenbremse müssten Mehrkosten durch Kürzungen oder mindestens Finanzierungsstopps in sozialen und kulturellen Bereichen kompensiert werden.

**Wir fordern den Senat und die Hamburgische Bürgerschaft als Initiatoren des Olympia-Referendums dazu auf, zu den genannten Risiken Stellung zu beziehen und damit den HamburgerInnen zu ermöglichen, ihre Entscheidung zur Olympiabewerbung sachgerecht abwägen zu können.**

Eine Liste der zugrundeliegenden Publikationen findet sich unter [www.olympiakritik-aus-der-wissenschaft.de](http://www.olympiakritik-aus-der-wissenschaft.de)

Hamburg, den 13.10.2015

## **VerfasserInnen**

Dr. Stefanie Baasch (Umweltpsychologin und Geographin, Mitherausgeberin der Fachzeitschrift „Umweltpsychologie“, Autorin der Studie: „Herstellung von Sicherheit und Produktion von Kontrollräumen im Kontext von Großevents: Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Hamburg“)

Dr. Sybille Bauriedl (Geographin, Autorin der Hamburg-Studie „Spielräume Nachhaltiger Entwicklung: Die Macht stadtentwicklungspolitischer Diskurse“).

Dr. Nils Zurawski (Soziologe, Herausgeber von „Anthropology of Security“, Autor der Studie: „Technische Innovationen und deren gesellschaftliche Auswirkungen im Kontext von Überwachung“).

Dennis Pauschinger (Soziologe und EU Stipendiat, promoviert zu globalen Sicherheitsmaßnahmen bei Sportgroßveranstaltungen am Fallbeispiel WM und Olympia in Rio de Janeiro).

## **ErstunterzeichnerInnen:**

Prof. Dipl.-Ing. Peter O. Braun (HafenCity Universität Hamburg, Gebäudetechnik und Solares Bauen)

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Dickhaut (HafenCity Universität, Umweltgerechte Stadt- und Infrastrukturplanung)

Prof. Dr. Monika Grubbauer (HafenCity Universität Hamburg, Geschichte und Theorie der Stadt)

Prof. Dr. Simon Güntner (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fakultät Wirtschaft und Soziales, Sozialwissenschaften)

GastProf. Dr. Anke Haarmann (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Künstlerische Forschung / Designforschung)

Prof. Dr. Jörg Knieling (HafenCity Universität Hamburg, Stadtplanung und Regionalentwicklung)

Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge (Universität Hamburg, Geographisches Institut)

Prof. Dr.-Ing. Ralf Otterpohl (Technische Universität Hamburg-Harburg, Institut für Abwasserwirtschaft und Gewässerschutz)

Prof. em. Dr. iur. Sebastian Scheerer (Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung)

Prof. Dr. Sabine Stövesand (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit)

Prof. Dr. Anke Strüver (Universität Hamburg, Geographisches Institut)

Prof. Dr. Kathrin Wildner (HafenCity Universität Hamburg, Kulturtheorie und Kulturelle Praxis)

Dr. Thomas Bürk (Universität Hamburg, Geographisches Institut)

Dr.-Ing. Manuel Gottschick (Universität Hamburg, Alumni des Kompetenzzentrums Nachhaltige Universität)

Dr. Bettina Paul (Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung)

Dr. Thomas Pohl (Universität Hamburg, Geographisches Institut)

Dr. Anne Vogelpohl (Universität Hamburg, Geographisches Institut)

Yuca Meubrink, M.A. (HafenCity Universität Hamburg, Stadtethnologie/- ethnografie)

Gerd Pohl (Dipl.-Soziologe)

Yoko Woldering, M.A. (Universität Hamburg, Institut für Romanistik)